



ZUCKERRÜBEN: Laut Nationalrat Leo Müller (CVP, LU) entscheidet sich das Parlament für «alles oder nichts» «Habe Hoffnung noch nicht aufgegeben»



Noch immer wissen die Zuckerrübenpflanzler nicht, mit wie hohen Beiträgen sie im nächsten Jahr rechnen können. (Bild: zvg)

Den Zuckerrübenpflanzern steht ein entscheidendes Jahr bevor. Weil Ende Jahr das Hilfspaket ausläuft, entscheidet das Parlament über die Stützung der Branche. Im Fokus steht der Grenzschutz und der Einzelkulturbeitrag.

ADRIAN HALDIMANN

Als Zuckerrübenpflanzler stellt man sich aktuell folgende Frage: Wird der Anbau von Zuckerrüben auch im nächsten Jahr noch rentabel sein? Die Unsicherheiten in der Zuckerrübenwirtschaft sind gross. Klar ist, dass Ende dieses Jahres das Massnahmenhilfspaket des Bundesrates auslaufen wird. Klar ist auch, dass die Branche ohne das Beizmittel Gaucho gegen den die von Blattläusen übertragene Krankheit Viröse Vergil-

bung ankämpfen muss. Unklar ist hingegen, wie die Zuckerrübenpflanzler ab 2022 vom Bund unterstützt werden.

«Grenzschutz reicht nicht»

Weil der Bundesrat das Hilfspaket nicht weiterführen wollte, musste das Parlament aktiv werden. Doch es tut sich schwer, befriedigende Massnahmen gegen die Dumpingpreise von Importzucker zu ergreifen und den Zuckerrübenpflanzern Perspektive und Planungssicherheit zu gewähren. Die Zeit ist knapp. Aus Sicht der Zuckerrübenpflanzler ist positiv, dass die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) vergangene Woche zumindest beantragt hat, den heute auf Verordnungsstufe geregelten temporären Mindestgrenzschutz von 70 Franken pro Tonne Zucker im Landwirtschaftsgesetz zu verankern. Doch definitiv ent-

schieden ist noch nichts. Auch der Mindestgrenzschutz ist umkämpft. Der Bundesrat möchte ihn jedenfalls nicht weiterführen. In den Vernehmlassungsunterlagen ist zu lesen, ein dauerhafter Mindestgrenzschutz für Zucker begünstige über künstliche Preise die erste Verarbeitungsstufe und die Zuckerwirtschaft zulasten der nachgelagerten Lebensmittelhersteller und der Konsumenten in der Schweiz. Das will Nationalrat Leo Müller (CVP, LU), der bei der Schweizer Zucker AG im Verwaltungsrat sitzt, nicht gelten lassen. Der Mindestgrenzschutz von 70 Franken pro Tonne Zucker mache beispielsweise pro Schokoladentafel 0,5 Rappen aus, erklärte er auf Anfrage. Zudem sei er nicht viel höher als im alten System, aber er verhindere die grossen Schwankungen, die ruinös seien. Die Einschätzung sei nicht nachvollziehbar, der

Grenzschutz in dieser Höhe sei schädlich. Währungsschwankungen hätten einen viel grösseren Einfluss auf die Preise. Zudem schütze sich die Europäische Union den Importzucker innerhalb des WTO-Kontingents von 254 000 Tonnen mit 98 Euro pro Tonne Zucker noch stärker als die Schweiz. Über diese Menge hinaus habe die EU sogar einen Grenzschutz von 419 Euro pro Tonne.

«Beitrag muss bleiben»

Agronom Müller ist aber überzeugt, dass allein diese Grenzschutzmassnahme nicht ausreicht, um die Zuckerwirtschaft vor dem Untergang zu bewahren.

«Der Einzelkulturbeitrag muss mindestens in der gleichen Höhe von 2100 Franken beibehalten werden, damit die Anbauflächen nicht weiter zurückgehen.» Allerdings machte sich Müller in der



WAK-N vergebens für den Minderheitsantrag stark, der nicht nur den Grenzschutz, sondern auch den Einzelkulturbeitrag von 2100 Franken pro Hektare und Jahr beibehalten möchte. Der Mehrheitsentwurf, der eine Kürzung von 2100 auf 1500 Franken vorsieht, wurde mit 14 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen, wobei die Minderheit wohl einzig von CVP- und SVP-Vertretern unterstützt worden sein dürfte. In der Sondersession wird der Nationalrat darüber entscheiden, ob er tatsächlich den Einzelkulturbeitrag auf 1500 Franken pro Hektare und Jahr senken will, was nun so von der WAK-N beantragt wird.

«Potenzial überschätzt»

Vielen gehe es nur darum, für den ökologischen Anbau ein Zeichen zu setzen. Tatsächlich wolle die Mehrheit für biologisch angebaute Zuckerrüben einen Zuschlag von 700 und für ohne Fungizide und Insektizide angebaute Zuckerrüben einen solchen von 500 Franken pro Hektare und Jahr ausrichten. Das Potenzial für diesen Anbau werde überschätzt, so Müller. Die Anbaufläche für Bio läge längst über 10%,

wenn die Nachfrage da wäre und der Anbau besser funktionieren würde, meint er weiter.

Die Hoffnung, dass es im Nationalrat zu einer Wende kommen wird, hat Müller noch nicht aufgegeben. «Viele meinen, dass der Zuckerrübenanbau mit 1500 Franken nicht geschwächt wird. Doch das ist nicht so. Die Rübenflächen würden massiv zurückgehen», betont Müller. Die WAK-N habe einen «technokratischen Entscheid» getroffen mit der Haltung, dass die Zuckerrübenwirtschaft auch so weiterbestehen müsse. Für ihn geht es aber um die Frage, «alles oder nichts». Nicht zuletzt deshalb, weil Studien klar aufzeigen würden, dass mit weniger Fläche und mit nur einem Werk – Aarberg oder Frauenfeld – die Zuckerproduktion in der Schweiz nicht mehr wirtschaftlich sei. Zudem sei der in der Schweiz produzierte Zucker bis 30% nachhaltiger als jener vom Ausland. Müller will den Selbstversorgungsgrad von aktuell 60 bis 70% aufrechterhalten. Zucker sei ein Grundnahrungsmittel. Deshalb: «Die Aufgabe der Zuckerwirtschaft wäre für die Schweiz ein schlechtes Zeichen, ein Armutszeugnis.»